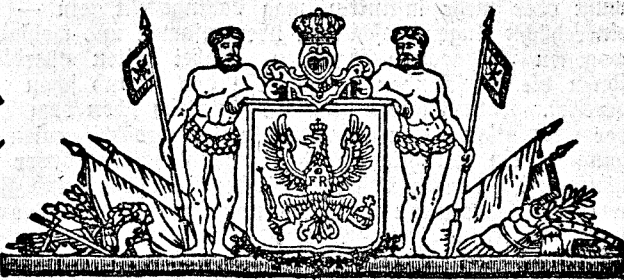


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

40 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin, Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11857 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postcheckkonto Berlin 660

Eisenbahntariferhöhungen um 50 Prozent. Englands Einfluß in Amerika.

Neue Tariffsysteme ab Februar 1922.

Ämtliche Meldung.

Im ordentlichen Haushalt der Reichsbahnen für 1921 war der Fehlbeitrag auf 6,8 Milliarden berechnet. Inzwischen hatten sich die Ausgaben infolge der Gehaltserhöhungen im August und Oktober und infolge der starken Steigerung der Materialpreise um 10,5 Milliarden erhöht. Diesen Mehrausgaben stehen Mehreinnahmen in Höhe von 2,7 Milliarden aus der Erhöhung der Gütertarife zum 1. November und der zum 1. Dezember bevorstehenden Erhöhung der Personentarife gegenüber. Der voraussichtliche Fehlbeitrag würde sich damit um 7,8 Milliarden oder von 6,8 auf 14,3 Milliarden erhöhen. Der Reichsverkehrsminister hat demgegenüber eine weitere Tarifierhöhung im Güter- und Personenverkehr um je 50 Prozent in Aussicht nehmen müssen.

Es ist dabei beabsichtigt, hinsichtlich der Gübertarife eine

organische Durchbildung vorzunehmen, wobei eine weitere Staffelung der Tarife zugunsten der für den Bezug ihrer Bedarfsartikel und den Absatz der Erzeugnisse ungünstig gelegenen Gegenden, namentlich Ostpreußen, vorgesehen ist.

Die Vorschläge für diese Umbildung der Gütertarife werden dem vorläufigen Reichseisenbahnrat vorgelegt werden. Die vorarbeiten sind soweit gefördert, daß die neu durchgearbeiteten Gütertarife zum 1. Februar 1922 eingeführt werden können, auch im Personenverkehr wird die Tarifierhöhung vor diesem Zeitpunkt aus technischen Gründen nicht durchgeführt werden können. Die Monate Februar und März des laufenden Haushaltsjahres würden durch diese Tarifierhöhung Mehreinnahmen von zwei Milliarden erwarten lassen, so daß noch ein Fehlbeitrag von 12,3 Milliarden übrig bliebe. Infolgedessen sieht sich der Reichsverkehrsminister genötigt, für den Güterverkehr bereits vom 1. 12. 1921 ab den Zuschlag von 50 Prozent durch rein rechnerische Erhöhung der Tarife eintreten zu lassen.

Die Aufgabe des Wiedergutmachungsausschusses.

Pariser Presse-Stimmen.

* Paris, 10. November.

Wie der „Matin“ aus Berlin meldet, wird der Wiedergutmachungsausschuß nicht vor Freitag die Verhandlungen mit der Reichsregierung beginnen, da er zuvor den Bericht seines Vertreters im Garantiekomitee entgegennehmen will. In dem Telegramm wird weiter ausgeführt, daß der Wiedergutmachungsausschuß kraft seiner unbeschränkten Vollmachten sich die Register der Börsenaufträge der deutschen Großbanken wird vorlegen lassen können. Sollte der Beweis geführt werden, daß der Zusammenbruch der Markt auf eine finanzielle Verschöderung zurückzuführen sei, werde der Wiedergutmachungsausschuß Zwangsmaßnahmen in Aussicht nehmen können. Sollte jedoch diese Frage, was wenig wahrscheinlich sei, zugunsten des Reiches gelöst werden, so werde der Ausschuß die Bedingungen einer Anleihe studieren, die Deutschland gestatten wird, sich von seinen Schulden im Laufe der Zeit zu befreien. Der Betrag dieser Anleihe würde im Verhältnis zu der von der deutschen Industrie dem Reiche angebotenen Kredithaftung festgelegt werden. Der Ausschuß werde also in fortgesetzte Beziehungen zu den deutschen Industrievereinigungen treten.

Das „Journal“ deutet an, daß Frankreich auf die Reise der Reparationskommission nach Berlin kein Gewicht gelegt habe. Der französische Vertreter habe aber dem Wunsch der Majorität der Kommission nachgeben müssen. Doch erhielt er von der Regierung den Auftrag, sich auf Untersuchungen zu beschränken, die ihm die Überzeugung verschaffen sollten, ob das Reich die vom Garantiekomitee vorgeschlagenen Maßnahmen bezüglich der künftigen Zahlungen ergreifen habe. Diese Maßnahmen bestünden in einer scharfen Verminderung der Ausgaben, namentlich in einer Reorganisation der Eisenbahnen und der Post, die immer Defizite aufweisen. Ferner soll kontrolliert werden, ob Deutschland auch Maßnahmen getroffen hat, um die Eintreibung der Steuern zu sichern. Das „Journal“ ist aber nicht davon überzeugt, daß sich die Garantiekommision auf diese Untersuchung werde beschränken können. Denn Dr. Birthy werde auf Grund des Art. 248 des Versailler Friedensvertrages einen Zahlungsausschuß fordern. Glücklicherweise, schreibt das „Journal“, werde den Forderungen des Reichskanzlers nur dann Rechnung getragen werden können, wenn dieses Ersuchen die einstimmige Billigung der Reparationskommission finde. Aber bei der Gewährung von Zahlungsausschüssen würde Frankreich nicht mitmachen.

In Frankreich kämpft die Richtung, die immer noch an wirtschaftliche Erfolge militärischer Gewaltmaßnahmen glaubt oder zu glauben vorgibt, mit der andern, die erkennt, daß das Wiedergutmachungsproblem nur durch gemeinschaftliche Einsicht und gemeinschaftliche Anstrengungen aller großen Nationen zu bewältigen ist, und daß man ein Volk auch mit Kanonen und Maschinenabwehren nicht zu Leistungen zwingen kann, die tatsächlich über seine Kraft gehen. Wenn die Reparationskommission die Untersuchungen anstellt, von denen der Berliner Korrespondent des „Matin“ spricht, so wird sie sehr bald zu der Erkenntnis gelangen (falls sie diese Kenntnis nicht, wie wir annehmen, schon längst besitzt), daß es nicht irgendeine finanzielle „Verschöderung“ ist, die Deutschland die Erfüllung seiner Ultimativverpflichtungen unmöglich macht, sondern der zwingende Zusammenhang der wirtschaftlichen Tatsachen, die teils unsere Niederlage und unsern Zusammenbruch, teils die Reparationspolitik der Alliierten geschaffen haben. Und sie wird dann, wie der „Matin“-Korrespondent zutreffend andeutet, die Folgerung ziehen müssen, daß es sinnlos wäre, mit Gewalt „einzutreiben“, was nicht geleistet werden kann, und daß es notwendig ist, die deutschen Verpflichtungen vorläufig durch eine auswärtige Anleihe abzulösen, deren Zins-

und Tilgungsbeträge sich im Rahmen der vernünftigerweise zu erwartenden deutschen Leistungsfähigkeit halten. Nur diese Methode kann zum Ziele führen; jede Art von Säbelpolitik würde das Unheil nur verlängern und verschärfen.

Die Reparationskrise und Oesterreich.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

kl Wien, 9. November.

In der Debatte über die gestrige Budgetrede des Finanzministers Dr. Gürtler sprach heute in der deutschösterreichischen Nationalversammlung für die sozialdemokratische Partei Dr. Otto Bauer. Er sagte unter anderem:

Das weltgeschichtliche Ereignis, das seit dem Beginn des letzten Sommers und in den letzten Monaten immer stärker und immer deutlicher sichtbar wird und die Bewegung unseres Geldmarkts beherrscht hat, ist die ungeheure Tributforderung, die die Entente an Deutschland gestellt hat. Es zeigt sich immer deutlicher, daß dadurch das ganze Gebäude der Weltwirtschaft umgestaltet wird. Die Entente hat ja Deutschland den bekannten Milliardenbeitrag auferlegt, und die Wirkung zeigt sich schon in der furchtbaren Entwertung der Mark, die in Wirklichkeit noch viel erschütternder wirkt als der Niedergang der Krone, weil sich klar zeigt, wie wehrlos ein großes Reich mit Hilfsquellen, mit denen die untrigen, gar nicht verglichen werden können, der Entwertung des Geldes gegenübersteht.

Im vorigen Frühjahr sind unzweifelhaft starke Anlässe für eine Wiederbelebung der Konjunktur für eine Überwindung der schweren industriellen Krise vorhanden gewesen, die vollständig durch die Wirkung der deutschen Reparationsleistungen erdrückt worden sind, so daß diese selbst eine der Hauptursachen, zum mindesten der Fortdauer der furchtbaren industriellen Krise und der ungeheuren Arbeitslosigkeit in den Westländern sind. Auf der anderen Seite haben die deutschen Reparationsleistungen und die Geldentwertung in Deutschland in den Sturz der Mark alle schwachen Währungen Europas hineingerissen, und je wehloser, je innerlich schwächer eine Währung ist, desto mehr ist sie mit hineingerissen worden. Was uns betrifft, unterliegt es gar keinem Zweifel, daß der furchtbare Druck, der auf Deutschland lastet, sich auf uns fortplant und eine der Hauptursachen ist, warum unsere Krone so schauerlich niedergeht. Die Kurssteigerung aller ausländischen Währungen in den letzten Tagen unter dem Einfluße deutscher Käufe bei gleichzeitigem schnellem Sinken der Mark gibt den Beweis dafür.

Wir sind sicherlich noch nicht am Ende dieser furchtbaren Entwicklung; diese Tributforderung der Entente wird weiter wirken und muß so lange die aller schwersten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krisen in Deutschland sowohl wie in der ganzen Welt erzeugen, bis diese Reparationsforderungen sich selbst ad absurdum führen, bis die Sieger, die durch die Wirkungen der Reparationsforderungen in die schwerste industrielle Krise gestürzt sind, sich gezwungen sehen, entweder sie auf das ertragbare Maß zu reduzieren oder ihre Wirkung durch große Kredite an Deutschland aufzuheben. Wir müssen aber damit rechnen, daß es voraussichtlich doch noch geraume Zeit dauern wird, bis wir so weit sind, und daß Deutschland und die Welt durch eine Reihe von Krisen hindurchgehen werden, bis der Starrsinn des französischen Imperialismus in dieser Sache an den Tatsachen scheitern wird.

Wir müssen uns fragen, was ist zu tun, damit unter dem Druck dieses entsetzlichen Falls der Mark in dieser Krise, der wir entgegengehen, nicht die vollständige Wertvernichtung der Krone eintritt. Die Entente hat uns den Anschluß an Deutschland verboten; wir entbehren daher der Kraftquellen und der Stützen, die wir aus der Zugehörigkeit zum deutschen Wirtschaftsgebiete hätten schöpfen können. Aber an das Schicksal Deutschlands sind wir trotzdem gekettet geblieben, und sein Schicksal trifft uns jetzt noch schärfer, als wenn wir angeschlossen wären, weil wir eben zwar den Niedergang Deutschlands miterleben, aber die Stützen nicht mitgenießen. Die Krone wird viel eher dem Ziel der Wertvernichtung näher kommen, als selbst die Mark,

Von

Anthony Arnoung.

Der frühere Herausgeber des „Boston Journal“, der in zwei früheren Aufsätzen die konkreten politischen und wirtschaftlichen Probleme, die für die Washingtoner Konferenz zur Debatte stehen, erörtert hatte, schildert heute die psychologischen Inzponderabilien, auf denen Englands Einfluß in Amerika beruht, kraft dessen auch auf der Washingtoner Konferenz die britische Regierung eine überragende Stellung einnehmen dürfte:

Es war ein sehr tiefjünger Philosoph, der gesagt hat: „Laßt mich nur einem Volke seine Nieder schreiben, dann ist es mir gleich, wer ihm die Geheke diktiert.“ In seinen Beziehungen zu Amerika hat England diesen Satz dahin abgewandelt: „Wenn ich Einfluß auf die herrschende Klasse in Amerika habe, dann können mir die offiziellen Beziehungen zu seiner Regierung gleichgültig sein.“ In beiden Fällen ist die zugrunde liegende Idee dieselbe.

Zu Beginn des letzten Krieges hat Professor Usher von der Washington-Universität in St. Louis, Verfasser von verschiedenen angesehenen Geschichtswerken, großes Aufsehen in Amerika mit der Behauptung erregt, daß durch ein zwischen 1900 und 1910 geschlossenes Geheimabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien ein Offensiv- und Defensivbündnis geschaffen worden sei. Da das Staatsdepartement zu jener Zeit noch nicht die Dunkelkammer war, zu der es später unter Herrn Lansing wurde, wurde die Behauptung Ushers prompt von Herrn Bryan, der damals an der Spitze des Außenministeriums stand, dementiert. In der Tat lag auch in der genannten Periode kein vernünftiger Grund für ein solches Abkommen vor, und da ferner auch ein Geheimvertrag keine hindernde Kraft gehabt hätte, weil die amerikanische Verfassung verlangt, daß jeder von der Regierung abgeschlossene Vertrag vor seinem Inkrafttreten mit einer Zweidrittel-Majorität vom Senat angenommen werden muß, so darf man wohl annehmen, daß das Abkommen, von dem Professor Usher sprach, nicht bestanden hat. Da weiterhin in den letzten fünf Jahren die auswärtigen Angelegenheiten im Brennpunkt des öffentlichen Interesses gestanden haben, erscheint es auch unmöglich, daß ein ähnlicher Vertrag etwa heute existieren könnte. Der dem Grafen Bernstorff zugeschriebene Satz: „Amerika ist ein Land, in dem sich alles öffentlich abspielt.“ ist durchaus richtig.

Aber die Beherrschung unserer oberen Klassen ist eine Tatsache, die für Großbritannien die Quelle der wichtigsten politischen Vorteile gewesen ist. Diese Beherrschung ist weit tiefer, viel subtiler und weiterreichend, als alle Bindungen zwischen den Regierungen sein könnten, und sie macht tatsächlich solche Bande überflüssig, da unter normalen Umständen unsere oberen Klassen die Regierung beherrschen, und somit auch der, der diese Klassen beherrscht, faktisch, wenn natürlich auch nicht formell, die Regierung beherrscht.

Das amerikanische Volk kann man, wie die Bevölkerung des alten Galliens, summarisch in drei Teile gliedern: die herrschende Klasse, die man Plutokratie nennen kann, wobei dieses Wort lediglich als Bezeichnung und nicht im demagogischen Sinne gemeint ist; die Intelligenz und der „Mob“, wobei natürlich abermals dieses Wort lediglich als Bezeichnung und nicht etwa als Schimpfwort gedacht wird.

Der „Mob“ zeigt die charakteristischen Eigenschaften der Volksmassen in allen Ländern der Welt, die große Ansammlung der Nieter in der menschlichen Völkerie. Er zeigt die gewohnte tiefbegündete Furcht vor dem Unbekannten; bei neuen Gesichtern, bei neuen Ideen, bei unerprobten Freiheiten und Verantwortlichkeiten. Sein alles beherrschender Wunsch geht auf Sicherheit, und nicht die Sicherheit seiner Haut allein, sondern er will seinen Verstand auch gegen die Notwendigkeit gesichert sehen, sich mit ungewohnten Problemen abzuquälen, Ideen gegeneinander abzuwägen oder den Plathheiten auf den Grund gehen zu müssen, auf denen das Alltagsdenken beruht. Theoretisch ist dieser „Mob“ der Hüter aller Weisheit und Tugend, tatsächlich ist er in unserem Verfassungssystem die Grundlage aller politischen Macht. Er muß in Ruhe gehalten werden, oder seine Machtäußerungen müssen den Bedürfnissen und Wünschen der Plutokratie angepasst werden. Zu diesem Ende bedient sich die Plutokratie der Intelligenz, über die sie Herr ist, und insbesondere der Presse, in der ein Teil der Intelligenz in die Erscheinung tritt.

Gelegentlich schwillt aber der im Grunde schlummernde Patriotismus und das Nationalgefühl des „Mobs“ zu einer solchen Höhe an, daß alle Kontrollsysteme in Trümmer gehen und alle heimtückisch zu seiner Fesselung ausgedachten Schranken niedergerissen werden, und dann zeigt der „Mob“ seine Macht über die Regierung. Den letzten und bemerkenswertesten Fall für dieses selbständige Auftreten der Massen